

## Zur Beschlussfassung für die Landesvorstandssitzung am 16.12.2017

Özlem A. Demirel, Jules El-Kathib, Jürgen Aust

### **Migrationsdebatte**

#### **Ausgangslage**

Derzeit wird wieder verstärkt über Migration, Flucht und Integration debattiert. Diese Debatte wird, ebenso wie viele andere Debatten zu diesem Themenkomplex in der Vergangenheit, sehr emotional geführt und viele (Teil-)Aspekte werden miteinander vermengt. Dies erschwert eine sachliche Auseinandersetzung. Aber genau für eine solche Versachlichung der Debatte plädiert der Landesvorstand der LINKEN NRW. Diese Themen eignen sich nicht für große (Medien-)Kampagnen und schon gar nicht für einen Machtkampf in der Partei. Derzeit stehen sich zwei Blöcke in dieser Frage gegenüber. Jegliche Kritik oder Äußerung eines Genossen/ einer Genossin zu diesem Thema führt dazu, dass man in eines dieser beiden Blöcke eingeordnet wird. Auch deshalb gibt es bereits etliche Genoss\*innen, die sich gar nicht mehr äußern. Wir lehnen diese Art der Debattenführung ab. Wir wollen uns in keines dieser Blöcke einordnen lassen und fordern eine sachliche Debatte ein. Gerade mit Blick auf die aktuelle politische Gemengelage in unserem Land ist diese Versachlichung auch dringend notwendig. Die LINKE ist gefordert sich dem erstarkenden Rassismus in den Weg zu stellen, um auch die Spaltung in der Arbeiter\*innenklasse zu überwinden und soziale Errungenschaften durchzusetzen. Nur wenn wir es schaffen die verschiedensten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der sozialen Frage zu verknüpfen und zu bündeln, können wir erfolgreich sein.

#### **Diskussionsgrundlage**

Seitdem in den letzten Jahren eine große Zahl von Flüchtlingen und Migranten nach Deutschland einwanderte, erleben wir in einem erschreckendem Ausmaß, dass die herrschende Politik das Asylrecht immer stärker zur Disposition stellt und zahlreiche Sozialleistungen für diese Personengruppe reduziert bzw. abgeschafft hat. Zunächst waren seit 2010 überwiegend eingewanderte Rumänen und Bulgaren, also EU-BürgerInnen, Zielscheibe rassistischer Angriffe und medialer Kampagnen, während seit 2015 der Rassismus gegen die vor Bürgerkrieg und wirtschaftlicher Verelendung flüchtenden Menschen neue Dimensionen annahm. Die herrschende Politik hat seitdem in mehreren „Asylpaketen“ u.a. durch die Ausweitung sog. „Sicherer Herkunftsländer“, durch den immer lauter werden Ruf nach sog. „Obergrenzen“, als auch durch eine drastische Einschränkung sozialer Ansprüche die politischen Verhältnisse weiter nach rechts verschoben. Der Aufstieg der AfD und ihr Einzug in zahlreiche Landtage und in den Bundestag ist unmittelbarer Ausdruck dieses Rechtsrucks in der deutschen Politik.

In der LINKEN wird seitdem ebenfalls kontrovers darüber diskutiert, ob die im „Erfurter Programm“ beschlossenen Grundsätze beibehalten werden können und

wie eine linke Asyl- und Einwanderungspolitik auszusehen hat. Wir halten es deshalb für erforderlich, die Debatte über unsere flüchtlings- und migrationspolitischen Grundsätze zu klären und mit einem klaren Profil in die Debatte, die einer Versachlichung bedarf, einzutreten. Unser Papier soll die Grundlage für eine solche Debatte leisten und stellt einen Versuch dar Grundlagen linker Asyl- und Einwanderungspolitik zu skizzieren.

### **Wir halten fest:**

Es ist wichtig zwischen Asyl und Einwanderung zu unterscheiden, obwohl beide Themen in der Öffentlichkeit häufig gleichgesetzt werden. Während es beim Thema Asyl um Menschen in Not geht, geht es bei dem Thema Migration um Freizügigkeit und in der Regel auch Arbeitsmigration. Gemeinsam haben beide, dass es im Normalfall um Menschen geht, die ihre Lebenssituation verbessern wollen und dies durch Grenzen und Abschottung häufig verwehrt bleibt, während für Kapital und Superreiche keine Barrieren bestehen. Als Linke wollen wir dagegen Freizügigkeit für alle Menschen, aber Schranken für das Kapital, dort wo es Lebensbedingungen, wie bei Freihandelsabkommen, zerstört.

Migration – in diesem Fall egal ob Flucht oder Arbeitsmigration – ist für viele Menschen auch mit Zwängen verbunden. Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu emigrieren, als auch die Frage, wer das Recht auf Freizügigkeit uneingeschränkt genießt, ist im Kapitalismus auch immer abhängig von Kräfteverhältnissen. Es ist auch die imperiale Politik der Weltmächte, die vielen Menschen auf der Welt ihre Existenzgrundlage entziehen. Unsere Aufgabe sehen wir als LINKE auch darin, in der deutschen Wirtschafts, Handels- und Außenpolitik für eine Politik zu streiten, die den Menschen dient und Lebensbedingungen verbessert, statt sie zu zerstören. Wir stellen uns ebenso gegen Kriegseinsätze und Waffenexporte, wie auch gegen die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik, die mit zur verschärften Verarmung der Bevölkerungen in vielen anderen Ländern beiträgt.

## **I. Asyl**

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht seit 1949 im Grundgesetz. Dieses in der Verfassung verankerte Grundrecht ist eine Lehre aus der Geschichte. Lange Zeit galt dieses Asylrecht unbeschränkt.

DIE LINKE bekennt sich bisher zu einem uneingeschränkten und bedingungslosen Recht auf Asyl. Das Grundrecht auf Asyl wurde 1949 als Konsequenz aus Faschismus und Holocaust in das Grundgesetz aufgenommen, um damit allen Menschen in Deutschland Schutz zu bieten, die vor individueller oder kollektiver politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Dieses Grundrecht hatte zunächst über viele Jahre einen von allen Parteien und zivilgesellschaftlichen Kräften getragenen sog. „Ewigkeitsstatus.“ Als zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts allerdings aufgrund von Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien eine verstärkte Flucht erfolgte und erstmalig nach dem zweiten Weltkrieg auch eine vermehrte Flüchtlingseinwanderung nach Deutschland einsetzte, kamen verstärkt rassistisch aufgeladene Debatten auf, die u.a. medial mit „Das Boot ist voll“ oder „Wir dürfen die deutsche Bevölkerung nicht überfordern“-Kampagnen begleitet wurden.

Nachdem 1992 mit ca. 440.000 Flüchtlingen der höchste Stand von Einwanderung erreicht war, forderten zunächst CDU/CSU und rechte Kräfte erstmals die Einschränkung des Asylrechts, dem auch die SPD sich nicht entziehen wollte, so dass 1993 das bis dahin uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl mit dem sog. „Asylkompromiss“ weitestgehend seiner wesentlichen Substanz beraubt wurde. Durch die Einführung von sog. „Sicheren Dritt- und Herkunftsländern“ wurde ab diesem Zeitpunkt allen auf dem Landweg einreisenden Flüchtlingen das Recht auf Asyl in Deutschland verweigert und durch die sog. Dublin-Verordnung ermöglicht, dass diese Flüchtlinge in das Land ihrer Durchreise rücküberstellt wurden. Hinzu kam das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz.

Auch wenn das Asylbewerberleistungsgesetz durch ein Urteil des Verfassungsgerichts wieder gekippt wurde, haben wir faktisch derzeit nur noch ein verstümmeltes Asylrecht.

### **Wir treten ein für:**

1. Für Die LINKE ist das Recht auf Asyl eine Lehre aus der Geschichte. Wir verteidigen dieses Recht an jedem Ort und wir streiten dafür, dass dieses Grundrecht vollständig wieder hergestellt wird.
2. Die LINKE lehnt das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten ebenso wie das der sicheren Drittstaaten ab. Debatten um Obergrenzen lehnen wir ebenso strikt ab.
3. Das Asylrecht darf nicht nur greifen, wenn eine unmittelbare persönliche politische Verfolgung vorliegt. Es muss auch für Menschen gelten, die aufgrund der politischen Situation in den Herkunftsstaaten potentiell bedroht sind.
4. Wir kämpfen für eine Welt, in der niemand gezwungen ist zu fliehen. Deshalb beziehen wir jeder Zeit Stellung gegen die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik, die Menschen in Armut und Elend treibt. Waffenexporten erteilen wir eine Absage.

## **II. Zuwanderung und Einwanderungsgesetz**

Ein Einwanderungsgesetz dient dem Staat, Einwanderung zu steuern und nach Bedarf auch zu begrenzen. Deutschland ist ein Land mit einer langen Geschichte der Einwanderung.

Durch diverse Anwerbeabkommen mit verschiedenen Ländern wurde in der Vergangenheit Einwanderung bewusst gefördert. Es ging dabei um den Zuzug von Arbeitskräften im Interesse einer boomenden Wirtschaft, aber auch um Lohndumping und damit um eine Einschränkung der Kampfkraft der Lohnabhängigen.

Während bürgerliche und neoliberale Parteien das Thema Einwanderung immer unter dem Aspekt der (ökonomischen) Nützlichkeit diskutieren, darf dies keine Grundlage für eine Diskussion in der LINKEN sein.

Erst kürzlich hat die SPD einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der u.a. diese Orientierung enthält: „Das Einwanderungsgesetz führt ein Punktesystem ein, das die Einwanderung von Arbeitskräften nach den Bedürfnissen

des deutschen Arbeitsmarktes steuert und gestaltet. Es richtet sich an qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einwandern. Es wirbt bei ausländischen Fachkräften mit attraktiven Rahmenbedingungen (durch die Öffnung für Nichtakademikerinnen und -akademiker, den Verzicht auf ein Mindestgehalt, die Abschaffung der zeitraubenden Vorrangprüfung, eine erleichterte Anerkennung der Abschlüsse in Deutschland, den Nachzug der Kernfamilie und eine schnelle Niederlassungserlaubnis), beinhaltet, aber gleichzeitig Steuerungselemente, um sowohl die Einwanderungskriterien als auch das Einwanderungskontingent flexibel den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes anpassen zu können“ (Drucksache 19/44 vom 08.11.2017). Diese SPD-Position unterscheidet sich grundsätzlich nicht mehr von entsprechenden Positionen von CDU/CSU, FDP oder der Grünen.

Dies ist keinesfalls unser Ansatz und deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

Es gibt aber auch Stimmen in der LINKEN, die meinen, dass wir nun mit einem eigenen Einwanderungsgesetz dem etwas entgegen stellen müssen. Die von Jörg Schindler und Lena Kreck (u.a.) vorgelegte „Konzeption“ für ein linkes Einwanderungsgesetz versucht zwar mit der Logik der ökonomischen Nützlichkeit zu brechen, bricht jedoch nicht mit den Gegebenen Verhältnissen. Dennoch sehen wir dieses Vorhaben kritisch.

Wir sprechen uns sowohl aus inhaltlichen als auch aus strategischen Gründen dagegen aus, ein eigenes Einwanderungsgesetz zu formulieren. Denn die Debatte um ein Einwanderungsgesetz ist nicht unsere.

Unsere Aufgabe sehen wir auch darin, lohnabhängigen und erwerbslosen Menschen, unabhängig von nationaler, religiöser oder ethischer Grenzen, zu einem gemeinsamen Kampf für soziale Errungenschaften zusammen zu bringen. Hierfür wollen wir diskriminierende und ausschließende Reglementierungen überwinden.

### **Wir halten fest:**

1. Ein Einwanderungsgesetz ist grundsätzlich ein Instrument des Kapitals, um seine Interessen durchzusetzen und Einwanderung auf nützliche Menschen zu begrenzen. Wir lehnen eine Begrenzung wie auch eine Unterscheidung nach Nützlichkeit ab.
2. Einwanderung und Migrationsbewegungen sind Ausdruck der herrschenden Kräfteverhältnisse im Kapitalismus. Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu immigrieren, als auch die Frage, wer das Recht auf Freizügigkeit genießt, hängt von diesem Kräfteverhältnis im Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital ab. Es muss also darum gehen, dieses Kräfteverhältnis zu verändern.
3. Das derzeitige geltende Zuwanderungsrecht ist ausgesprochen restriktiv und geht mit einem Nützlichkeitsdenken gegenüber potentiellen Zuwanderern einher. Wir bleiben dabei, Gesetze die Einreise- und Beteiligungsmöglichkeiten danach vergeben, ob jemand nützlich oder unnützlich ist, lehnen wir ab.
4. Während wir uns der grenzenlosen Freizügigkeit von Waren und Kapital entgegenstellen, verteidigen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen.

5. Ein eigenes „Linkes Einwanderungsgesetz“ lehnen wir aus diesen Erwägungen ab. Stattdessen stellen wir den Kampf gegen diskriminierende Sondergesetze (z.B. das Ausländer Aufenthaltsgesetz) in den Mittelpunkt der Debatte und treten ein für grundsätzliche Erleichterungen bei Einreise und Einbürgerung. Ein Einwanderungsgesetz dient lediglich dem Zweck Einwanderung nach bestimmten Kriterien zu fördern oder einzuschränken. Unsere Aufgabe als LINKE ist es nicht, Einwanderung unter bestimmten Aspekten zu fördern oder gar zu regulieren. Im Gegenteil, unsere Aufgabe ist der Kampf gegen vorhandene restriktive Reglementierungen, gegen die Benachteiligung und Diskriminierung aufgrund der Herkunft. Wir treten ein für eine echte Integrationspolitik.